

Regierungserklärung von Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Helsinki (16. Dezember 1999)

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. 20.12.1999, Nr. 88. Bonn: Deutscher Bundesverlag.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/regierungserklärung_von_gerhard_schroder_zu_den_ergebnissen_des_europaischen_rates_in_helsinki_16_dezember_1999-de-5dc62bdb-4643-4ac3-8daa-1a4c0cef7197.html

Publication date: 23/10/2012

Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu den Ergebnissen des Europäischen Rates in Helsinki vom 10./11. Dezember 1999 vor dem Deutschen Bundestag am 16. Dezember 1999

Herr Präsident!

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Deutsche Bundestag tritt heute zu seiner letzten Sitzung in diesem Jahrhundert zusammen. Er tut das im wiedervereinigten Berlin, und zur Debatte stehen weitere Schritte im europäischen Integrationsprozess. Ich denke, das reicht, um nicht einfach zur Tagesordnung überzugehen.

Hinter uns liegt eines der blutigsten Jahrhunderte der Geschichte. Nach zwei grausamen Kriegen, die Millionen Menschenleben gefordert haben, nach furchtbarsten Exzessen des Rassismus und der Barbarei, nach faschistischer Diktatur und kommunistischer Willkürherrschaft haben wir heute allen Grund, auf ein Europa des Friedens und der Demokratie zu hoffen. Vor uns Europäern liegt eine große Zukunft. Wir sind heute in der Lage, ein Europa der Freiheit, der Menschenrechte, des Friedens und der Demokratie nicht nur zu denken, sondern es tatsächlich zu machen. Deswegen setzen wir alles daran, dieses Europa Wirklichkeit werden zu lassen.

Unter diesen Vorzeichen sind die europäischen Staats- und Regierungschefs in der vergangenen Woche zu ihrem Gipfeltreffen in Helsinki zusammengekommen. Die Entscheidungen dieses Gipfels - das wussten wir vorher - würden von erheblicher Tragweite sein, nicht nur für die Zukunft Europas, sondern auch für die Zukunft unseres Landes in Europa.

Ich bin sicher, Sie stimmen mir zu, wenn ich sage, die Entscheidungen von Helsinki waren wichtig für das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland, gleich welcher Herkunft sie sind. Denn gerade für die vielen mitten unter uns lebenden Menschen türkischer Herkunft ist es entscheidend zu wissen, ob das Land ihrer Väter auf eine demokratische Zukunft als Teil Europas hoffen darf.

Eine solche Perspektive für die Türkei betrifft nicht nur die in Deutschland lebenden Türken, sondern sie betrifft uns alle und sie betrifft die Zukunft unserer Demokratie. In Helsinki standen für die Zukunft Europas wichtige Fragen zur Entscheidung an. Meine Erwartungen vor dem Gipfeltreffen habe ich am 3. Dezember 1999 dem Hohen Hause vorgetragen. Heute kann ich feststellen: Die seinerzeit vorgetragenen Erwartungen haben sich erfüllt. Helsinki hat Ergebnisse erbracht, die man in der Rückschau sicher einmal als historisch bezeichnen wird. Die Entscheidungen, die wir dort vereinbart und getroffen haben, werden - dies steht fest - die Zukunft Europas auf Jahre hinaus prägen.

[...]

Der Europäische Rat in Helsinki hat beschlossen, im Februar 2000 mit Bulgarien, Lettland, Litauen, Malta, Rumänien und der Slowakei Verhandlungen über den Beitritt zur Europäischen Union aufzunehmen. Damit werden diese Länder in den schon laufenden Verhandlungsprozess mit Ungarn, Polen, Tschechien, Slowenien, Estland und Zypern einbezogen. Weiter hat der Europäische Rat festgestellt, dass im weiteren Verlauf des Beitrittsprozesses jeder Kandidat für sich genommen beurteilt wird. Kein Bewerberland hat - dies ist zu unterstreichen - einen Freifahrtschein zur Mitgliedschaft. Alle müssen sich den gleichen, sehr strengen Maßstäben für die Aufnahme in die Europäische Union unterwerfen. Diejenigen Kandidatenländer werden als erste das Ziel erreichen, die nachweisen, dass sie imstande sind, das europäische Regelwerk - wirtschaftlich, politisch und rechtlich - in nationales Recht umzusetzen und - das ist wichtig - es auch anzuwenden. Im Verlauf der Verhandlungen, nicht vorher, wird sich darüber notwendigerweise eine Differenzierung im Kandidatenfeld ergeben.

Die Differenzierung nach der Reformleistung der Kandidatenländer ist gewollt und ist der Nachweis dafür, dass es der Europäischen Union mit ihrer Ausrichtung des Beitrittsprozesses an objektiven und nachvollziehbaren Kriterien ernst ist. Niemand kann den Kandidaten die Anstrengungen abnehmen, die erbracht werden müssen, um der Mitgliedschaft in einem gemeinsamen Binnenmarkt wirklich

standzuhalten. Alle Kandidatenländer wissen auch, dass die Europäische Union auf sensiblen Feldern wie dem Umweltschutz oder der inneren Sicherheit keinerlei Zugeständnisse machen kann und deshalb auch nicht machen wird. Dies wäre den Bürgerinnen und Bürgern in den Mitgliedstaaten nicht zu vermitteln. Hier kann es allenfalls zeitlich befristete Übergangsregelungen geben. Zugleich gilt unsere Zusage, die Beitrittskandidaten auf ihrem Weg in die Europäische Union nach Kräften zu unterstützen. Unter deutscher Präsidentschaft wurde im März beim Sondergipfel in Berlin der finanzielle Rahmen für die Heranführung der Kandidatenländer verabschiedet. In Helsinki haben wir nun vereinbart, bis Ende 2002 die institutionellen Voraussetzungen für den Beitritt neuer Mitgliedstaaten zu schaffen. Im Klartext: Zum 1. Januar 2003 soll die Union aufnahmebereit sein für neue Mitglieder. Auf diese Zusage sollen sich die Beitrittsländer verlassen können. Zugleich müssen wir sicherstellen, dass gerade in einer erweiterten Europäischen Union die vertiefte Zusammenarbeit jener Mitgliedstaaten, die schneller voranschreiten wollen, leichter möglich ist.

[...]

Die schwierigste Frage des Gipfeltreffens von Helsinki war zweifellos die Verleihung des Kandidatenstatus an die Türkei. Durch die Verleihung des Kandidatenstatus wird ein für allemal klargestellt: Die Türkei wird nicht diskriminiert. Es gelten für die Türkei bei der Bewerbung um eine Mitgliedschaft in der Europäischen Union die gleichen Kriterien wie für alle anderen Kandidatenländer auch. Nach dem Fehlschlag von Luxemburg 1997 wird damit zwischen der Europäischen Union und der Türkei eine neue Seite aufgeschlagen. Der Europäische Rat hat sich diese Entscheidung wahrlich nicht leichtgemacht. In einem Briefwechsel mit mir als damaligem Vorsitzenden des Europäischen Rates hat der türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit wichtige Zusagen gemacht, die diesen Prozess ermöglicht haben.

In Helsinki haben wir alle Aspekte der türkischen Kandidatur für eine Mitgliedschaft sorgfältig gegeneinander abgewogen. Es galt darüber hinaus, sowohl für die Türkei als auch für Griechenland befriedigende Absprachen zur Zypern-Problematik und zur Problematik der Ägäis zu erreichen. Ich sage hier mit großem Respekt: Das wäre unmöglich gewesen, hätte nicht die griechische Regierung wesentlich dazu beigetragen. Wir haben allen Anlass, hierfür dem griechischen Ministerpräsidenten Kostas Simitis Respekt und auch Dank auszusprechen. Nach Helsinki kommt es für die Türkei nun darauf an, am eingeschlagenen Reformkurs unbeirrt festzuhalten. Ministerpräsident Ecevit hat angekündigt, erste - übrigens notwendige - Schritte wie die Abschaffung der Todesstrafe einzuleiten. Das begrüße ich ausdrücklich. Ich denke, ich tue das in unser aller Namen.

Vor der Türkei liegt - das muss man fairerweise sagen - ein langer, auch ein beschwerlicher Weg, auf dem wir das Land unterstützen wollen. Der politische Dialog der Europäischen Union mit Ankara wird intensiviert. An diesem Dialog wollen wir auch die gesellschaftlichen Gruppen in der Türkei beteiligen. Es wird, wie für die übrigen Kandidaten, eine Beitrittspartnerschaft begründet werden. Die Türkei wird Gelegenheit erhalten, sich an Programmen und Einrichtungen der Gemeinschaft zu beteiligen. Mit diesen Möglichkeiten und der Verleihung des Kandidatenstatus ist aber kein Automatismus für eine spätere Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union verbunden. Über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wird erst und nur dann zu reden sein, wenn das Land die politischen Kriterien für eine Mitgliedschaft - Demokratie, Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz - samt und sonders erfüllt und den Anforderungen des Art. 6 des EU Vertrages genügt. Auf diesem Felde kann und wird es keinerlei Abstriche geben. Die Türkei hat ein Anrecht auf die gleichen Startchancen wie jeder andere Beitrittskandidat. Eine Zurückweisung der Türkei in Helsinki hätte erneut zu einer schweren Krise im Verhältnis zu Ankara geführt, an der gerade wir Deutsche keinerlei Interesse haben können. Die Europäische Union hätte sich völlig unglaubwürdig gemacht. Unsere 14 Partner in der Europäischen Union und mit ihnen die Bundesregierung sowie eine klare Mehrheit in diesem Land begreifen die Europäische Union eben nicht als Klub des christlichen Abendlandes, sondern als eine Wertegemeinschaft, die auf der Achtung des Rechts, der Demokratie, der Toleranz, der Humanität und der Solidarität gründet. Eine Türkei, die sich zu diesen Grundsätzen nicht nur bekennt, sondern sie auch real anwendet, wird als Mitglied der Europäischen Union willkommen sein. Einen Ausschluss von der Mitgliedschaft aus religiösen Gründen gibt es nicht. Die Türkei hat das Recht auf eine faire und unvoreingenommene Prüfung ihres Wunsches nach Mitgliedschaft sowie auf eine Beurteilung des Prozesses auf diesem Weg dorthin. Nicht mehr, aber auch

nicht weniger haben wir in Helsinki versprochen. Dieses Angebot ist nicht nur bei vielen Menschen in der Türkei auf große Zustimmung gestoßen. Zu diesem Angebot stehen die Regierungen von 15 Mitgliedstaaten, übrigens darunter Christdemokraten wie der luxemburgische Premierminister Juncker oder der spanische Regierungschef Aznar. Auch der amerikanische Präsident Clinton hat das Ergebnis von Helsinki mit großem Nachdruck begrüßt. Das ist auch kein Wunder. Europa hat ein eigenes Interesse daran, dass sich die Türkei Europa zuwendet und nicht in einen islamischen Fundamentalismus abrutscht.

[...]

Wir Europäer wollen und werden mitbestimmen, wenn die Spielregeln für die globale Ordnung des 21. Jahrhunderts festgelegt werden. Wir Europäer brauchen eine gemeinsame Antwort auf die Globalisierung und auf die wirksame Vertretung unserer Interessen nach außen. Wir brauchen die Erweiterung der Europäischen Union. Dies wird unser Gewicht in der Welt weiter erhöhen und uns in den Stand setzen, für ganz Europa zu sprechen.

Wir brauchen die Stärkung unserer politischen Handlungsfähigkeit und unserer gemeinsamen Institutionen sowie die Bekräftigung ihrer demokratischen Legitimität. Mit anderen Worten: Wir brauchen ein starkes Europa. Europa, die Europäische Union ist mehr als ein Bündnis einzelner Nationen zum Zwecke der Wohlfahrtssteigerung. Europa ist und bleibt für uns eine politische Vision, mit der wir Europäer den Anspruch verbinden, in einer sich rasant verändernden Welt unsere Interessen zur Geltung zu bringen.

Ich denke, diesem Ziel hat uns der Europäische Rat in Helsinki einen wichtigen Schritt nähergebracht. Deshalb war er ein erfolgreicher Europäischer Rat.